

# „Wir sind lediglich einen Schritt weiter“

KIRCHHEIM: Planfeststellungsbeschluss für die Ortsumgehung erlassen – Unterlagen werden demnächst öffentlich ausgelegt



Ein Wunschtraum soll für Kirchheim wahr werden: Wenig Verkehr auf der Weierstraße, so wie dieser private Schnappschuss eines „zünftige Münster“ in dem Ort festhält.

PHOTO: PHOTAC

Kirchheim kann aufatmen. Nach langem Warten auf positive Nachrichten aus Mainz hat der rheinland-pfälzerische Verkehrsminister Bodo Riebig den Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der B-271-Ortsumgehung verkündet.

Nach langwierigen Debatten über den stark erhöhten Trassenbedarf war im Februar 2003 das Verfahren für eine Umgehungsstraße eingeleitet worden, die von der Autobahnanlassstelle Grünstadt aus im Westen an Kirchheim vorbeiführt und in Höhe des Gölflplatzes Dackenheim nach etwa 1,4 Kilometern wieder auf die bestehende Bundesstraße 271 trifft. Rund 675 Einwohnern von Privatpersonen waren dagegen erhört worden. Der dreitägige Hörterminus Mitte Dezember 2005 in Grünstadt führte dazu, dass neue Gutachten erstellt oder bestehende ergänzt werden mussten.

Besonders die Befürchtungen, durch das Bauprojekt könne das Kleinklima gestört werden und den Wäldern durch Kahlfällströme ein Schaden entstehen, machten den Planern beim Landesbetrieb Mobilität (LMB) zu schaffen. Zudem mussten beim Thema Naturschutz landspezifische Unterlagen überarbeitet

werden, weil sich mit der Zeit Vorschriften geändert hatten und die aktuelle Rechtsprechung zu berücksichtigen war. Des Weiteren, so fasste das Ministerium gestern zusammen, habe zu neuen Betroffenheiten geführt und eine sehr detaillierte Abwägung notwendig gemacht. Immer wieder war zu hören gewesen, dass einige Gegner der Umgehung sich schon für eine Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht rüsteten, umso sorgfältiger müsse den Einwendungen nachgegangen werden, wie die Haltung des Ministeriums.

Die Ortsumgehung ist 3,4 Kilometer lang. Die Kosten rund 16,4 Millionen Euro.

Den Kirchheimern – zumindest jenen, die für die Westtrasse sind – drohte in diesem Abwägungsprozess der Geduldsfaden zu reißen. In der jüngsten Gemeinderatsitzung wurde gar ungesteuert, das Verfahren werde beim LMB absichtlich verzögert. Ein Besuch der Ratsmitglieder im zuständigen Ministerium, mit dem Ziel Druck und Protest auszuüben, wurde abgelehnt. Diese Forderungen kann sich der Rat jetzt sparen.

Erliechert zeigte sich Kirchheim Bürgermeisterin Ingrid Reig (SPD) über die gute Nachricht. Zum Jubel sieht sie aber noch keinen Anlass: „Wir sind lediglich einen Schritt weiter.“ Sie fürchtet, dass etliche Umgehungsgegner dem Klageweg beschreiten werden.

Laut Ministerium wird der Planfeststellungsbeschluss in Kürze in den Gemeinden für voraussichtlich vier Wochen zur öffentlichen Einsicht ausgelegt. Dann habe abzuwarten, ab Klagen eingereicht werden und wann endgültig Baurecht erlangt werden kann. Die Frist für solche Einsprüche betrage in der Regel zwei Monate.

Mit Getöseheit sieht Bundesstaatsabgeordneter Norbert Schindler (CDU) dem weiteren Verfahren und auch etwaigen Klagen entgegen. „Gott sei Dank!“ war gestern seine spontane Reaktion auf den Planfeststellungsbeschluss. Auch bei ihm habe die Dauer des Verfahrens Unmut ausgelöst, aber nun sei er ganz Dinge, dass ein vernünftiger Beschluss ausgereicht werde. Der Dürkheim SPD-Landtagsabgeordnete Manfred Geis ist ebenfalls überzeugt, dass die Landesregierung alles getan habe, um die enorme Zahl der Anwendungen zügig, aber vor allem



korrekt abzuarbeiten.

Auf die Gegner der Westtrasse ist Norbert Schindler nicht gut zu sprechen, sie müssten eigentlich darauf verzichten, auf ihr zu fahren, meint der Abgeordnete aus Boersheim an Berg. Auch für die Kleinlarbacher Wälder, die die Westtrasse ablehnen und dafür kein Geld anbieten wollen, hat er wenig Verständnis, denn „sie hätten eine Flächenbereinigung kostenlos mitnehmen können“.

Nach den Prognosen des Verkehrsministeriums wird sich die Verkehrsbelastung in der Kirchheimer Ortsumgehung nach dem Bau der Umge-

hungstraße auf bis zu 2000 Kraftfahrzeuge pro Tag reduzieren. Laut einer Messung aus dem Jahr 2005 fahren derzeit täglich über 13.000 Kraftfahrzeuge durch den Ort, drei Prozent davon entfallen auf den Schwerlastverkehr. Die Kosten für die Umgehung beziffert Hendrik Reig (CDU) auf voraussichtlich rund 16,4 Millionen Euro.

Offen ist nach wie vor, wann der südliche Anschluss an die von Neu-

stadt nach Bad Dürkheim verlaufende neue B 271 erfolgt. Am weitesten fortgeschritten ist nach Angaben des Ministeriums die Planung für den Abschnitt Dürkheim-Ungeln-Kahlbühl-Dackenheim. Mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens wird in diesem Jahr gerechnet, genaues könne noch nicht gesagt werden. Problematischer sei dagegen der Abschnitt Hirschheim-Dackenheim; Unter anderem die Wiederentdeckung des Naturdenkmals Kahlbühl könne Auswirkungen auf das Verfahren haben. Für diesen Teil der B 271 hätten die Detailpläne nun erst begonnen, so eine Sprecher des Verkehrsministeriums auf Anfrage.

Die Initiative Pro Ort, die die Westtrasse ablehnt, werde den Planfeststellungsbeschluss genau prüfen, kündigte ihr Vorsitzender Gero Kühner an. Danach seien vermutlich die Mitglieder in einer außerordentlichen Versammlung gefragt, um dem Vorstand Rückmeldung für eventuelle juristische Schritte zu geben. Der Initiative gehe es drum, „über den Teilnehmendes hinaus zu sehen“ und die Auswirkungen zu beachten, die die nun planfestgestellte Trasse auf die umliegende Landschaft haben könnte. (wwj/ls)